

Setzungen für die Verbannung des Krieges aus dem Leben der Menschheit.

Für allgemeine und vollständige Abrüstung in Deutschland

Ein entscheidender Schritt zur Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und zur Verbannung des Krieges aus dem Leben der Völker ist die allgemeine und vollständige Abrüstung. Regierung und Bevölkerung unserer Republik unterstützen die sowjetischen Vorschläge leidenschaftlich und ohne jede Einschränkung, weil sie den Weg weisen, wie der Traum der Menschheit — eine Welt ohne Waffen und Krieg — zur beglückenden Wirklichkeit werden kann.

Von gleichem Geist beseelt, hat die Regierung unserer Republik eine Denkschrift an die 15. Tagung der Vereinten Nationen gerichtet, in der sie konkrete Vorschläge für eine etappenweise allgemeine und vollständige Abrüstung in Deutschland unterbreitet. Unsere Regierung läßt sich von den dringlichsten Lebensinteressen unserer Nation leiten, wenn sie für die erste Etappe den Verzicht auf gegenseitige Gewaltanwendung, auf die Atomrüstung und auf die Ausrüstung mit anderen Massenvernichtungswaffen, ferner einen Rüstungsstopp und den Abschluß eines Friedensvertrages sowie die Lösung der Westberlinfrage vorschlägt. Damit würden die Voraussetzungen geschaffen, um in der zweiten Etappe die Streitkräfte beider deutscher Staaten zu verringern, den Abzug aller ausländischen Truppen sowie die Beseitigung aller ihrer Stützpunkte zu vereinbaren und die Überreste des zweiten Weltkrieges endlich aus dem Leben unseres Volkes verschwinden zu lassen. So würde der Weg frei für die dritte Etappe, die vollständige Abrüstung und die Auflösung aller Streitkräfte sowie die Beseitigung aller militärischen Institutionen und den Austritt aus der NATO und dem Warschauer Vertrag. In ganz Deutschland würde die vollständige militärische Neutralität verwirklicht. Dem westdeutschen Militarismus wäre für immer die Möglichkeit genommen, den Frieden zu bedrohen; den Kräften des Krieges wären die stärksten Positionen in Europa entzogen, und der Friede könnte endlich auf unserem so oft und so schwer geprüften Kontinent einkehren. Das deutsche Volk könnte alle seine wirtschaftlichen Möglichkeiten und schöpferischen Kräfte in den Dienst eines friedlichen Lebens stellen.

Es ist bezeichnend, daß die Bundesregierung ihrer Bevölkerung die Vorschläge unserer Republik zu verheimlichen sucht. So enthüllt sie sich vor der Weltöffentlichkeit wiederum als aggressiver, den Frieden Europas bedrohender Staat und trägt dazu bei, daß auch die Völker des Westens, die Bevölkerung Westdeutschlands eingeschlossen, die Haken an dem Kreuz erkennen, in dessen Zeichen Herr Adenauer regiert. Wer eine Vereinbarung über die vollständige Abrüstung in Deutschland ablehnt, will den Krieg und muß durch den gemeinsamen Kampf aller aufrechten Deutschen im Osten und Westen unseres Vaterlandes für die vollständige Abrüstung unschädlich gemacht werden.

Die Sicherung des Friedens — nationale Hauptaufgabe der DDR

Die Sicherung des Friedens in Deutschland und die Überwindung des westdeutschen Militarismus, des Hauptinstrumentes des amerikanischen und des westdeutschen Monopolkapitals zur Aufrechterhaltung und Verschärfung der Spannungen in Europa wie der Spaltung Deutschlands, sind die nationale Hauptaufgabe des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden. Die Bonner Regierung verriet das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, als sie sich mit Haut und Haaren der NATO verschrieb und die Pariser Verträge zum Grundgesetz der Bundesrepublik machte. Dadurch wurde Westdeutschland zum Spießgesellen der

kalten Krieger in den Vereinigten Staaten und zu deren wichtigstem Stützpunkt in Europa. Diese schmutzige Rolle nutzen die westdeutschen Militaristen aus, um die Ausrüstung ihrer Armee mit Kernwaffen zu betreiben und sich zur führenden Militärmacht im europäischen Bereich der NATO aufzuwerfen. Herr Strauß, der auf dem letzten Kongreß der britischen Gewerkschaften als amerikanisierter Göring in Zivil bezeichnet wurde, versteigt sich zu dem ebenso dummen wie gemeingefährlichen Ausspruch, er wolle Moskau wieder in den Bereich deutscher Waffen bekommen, die dieses Mal Kernwaffen sein sollen.

Nicht weniger als die Bevölkerung der sozialistischen Staaten bedroht eine solche Politik die Völker des Westens. Die Völker der westlichen Partner der Anti-Hitler-Koalition geraten in die Gefahr, in einem dritten Weltkrieg als Werkzeuge des deutschen Militarismus zu verbluten, als Werkzeuge desselben deutschen Militarismus, den sie im zweiten Weltkrieg im Bund mit der Sowjetunion zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen haben. In dieser Lage gewinnt der Vertrag vom 20. September 1955 eine immer brennendere Aktualität, weil er die Kräfte in Deutschland stärkt, die den deutschen Militarismus bereits auf deutschem Boden in seine Grenzen weisen und seine aggressiven Pläne durchkreuzen. Das deutsche Volk kann in Frieden und dauerhaftem Wohlstand leben, wenn es den deutschen Militaristen keinen Frieden gibt. Es hat Lebensraum genug, wenn es den deutschen Militaristen keinen Raum zum Leben läßt.

Der dringendste Schritt zur Überwindung des westdeutschen Militarismus ist der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten. Um die Entmachtung des Militarismus wenigstens in einem Teil Deutschlands zu verhindern, wurde Deutschland gespalten, wurde ihm als Auffangstellung und neue Aufmarschposition der westdeutsche Zufluchtsstaat geschaffen. Mit der Überwindung des westdeutschen Militarismus würde der Graben, den er mit amerikanischer Hilfe quer durch Deutschland aufriß, wieder zugeschüttet. Der Weg zur demokratischen Wiedervereinigung unseres Vaterlandes wäre endlich gangbar.

Westberlin muß eine entmilitarisierte Freie Stadt werden!

Auch die Westberlinfrage würde durch den Friedensvertrag gelöst. In jüngster Zeit benehmen sich die kalten Krieger in Bonn und Westberlin so, als wollten sie der Welt mit letzter Deutlichkeit klarmachen, wie rasch die akute Gefährdung des Friedens wächst, zu der sie die anomale Lage Westberlins ausnutzen. Grenzprovokationen folgen auf Revanchistentreffen; Meldungen über Spionageaktionen wechseln mit Dokumenten über illegale Rekrutenwerbungen. Aber wenn sich der Wunderwirtschaftler und Wunderpoldtiker, Herr Erhard, noch so sehr aufbläst: Selbst die drei Westmächte müssen immer wieder von neuem bestätigen, daß Westberlin kein Teil der Bundesrepublik ist. Die vergeblichen Versuche der Bonner und Westberliner Scharfmacher, eine gegenteilige Erklärung ihrer westlichen Partner herbeizuführen, bestätigen, daß in dieser Frage zwischen uns und keiner der vier Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition eine Meinungsverschiedenheit besteht.

Ausgehend von der Rechtslage, wäre die Vereinigung Westberlins mit dem demokratischen Berlin die gegebene Lösung der Westberlinfrage. Im Interesse der internationalen Entspannung und einer friedlichen Lösung aller Streitfragen stellen wir diese Forderung jedoch nicht, obwohl wir das Recht dazu hätten, sondern sind nach wie vor bereit, der Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt zuzustimmen. Es ist jedoch ein Fehler, unsere Kompromißbereitschaft für Schwäche zu halten. Wir können und werden der Fort-